



Informationen des Stadtverbandes 2/2015

Inklusion: 5 Aspekte einer notwendigen Debatte

1. Bremerhaven ist inklusiv

Es geht nicht darum, ob wir „Inklusion“ wollen oder nicht, sondern Inklusion ist das Gebot für Bremerhaven. Denn wir sprechen über eine Stadt, deren Geschichte mit Migration verbunden ist, die „Armut“ nicht nur aus dem Fernsehen kennt, die sich als aufgeschlossen versteht und jegliche Verschiedenheit anerkennt ...

Die Schulen müssen dieses Zusammenleben befördern und darum ist die Grundsatzentscheidung („Alle Schulen werden inklusiv“ – genau wie diese Stadt) weiterhin richtig.

2. Die Schulen müssen so ausgestaltet werden, dass sie ihre Aufgaben auch erfüllen können

Das neue Schulgesetz und die städtischen Schulentwicklungspläne, die dessen Umsetzung konkretisieren, beschreiben die Aufgaben der Schulen. Diese Aufgaben müssen Maßstab für die Festsetzung der Mittel sein, die die Schulen bekommen – nicht ein festes Budget, dessen Berechnung nicht durchsichtig ist. Inklusion heißt Veränderung: Bei Räumen, im Unterricht, in der Schulphilosophie. Das kostet Energie, aber auch Geld. Der Erfolg hängt nicht nur am guten Willen aller Beteiligten, sondern auch daran, dass es mehr und spezifisch ausgebildetes Personal gibt, weil eben mehr und andere Aufgaben erledigt werden sollen. Man muss also differenzieren zwischen „Inklusion“ und Ausstattung der Schulen. Zusammenfassung: Inklusion: „Ja“, Ausstattung: 170 Stellen mehr.

3. Praxisfrage: Brauchen wir in den veränderten Grund- und neuen Oberschulen dickere Aktenordner?

Wenn Kinder mit vielen verschiedenen Fähigkeiten in den Klassen sitzen, taugen Noten noch weniger als vorher. Wenn deshalb ausführliche Analysen, Beschreibungen und Einschätzungen der Leistungen von Kindern und Jugendlichen vorgenommen werden sollen, dann gilt der Maßstab: Wie viele Informationen sind für Schüler*innen und deren Eltern sinnvoll, um die Entwicklung einschätzen zu können und sich neue Ziele zu setzen. Was nicht geht ist: „Noch mehr ‚Papierkram‘“. Eine anspruchsvolle

Leistungsrückmeldung darf nicht Jahr für Jahr Aktenordner füllen.

4. Die Schulentwicklung ist mühsam. Eine naheliegende Idee: „Verlangsamten wir doch einfach“ ist trotzdem mit Vorsicht zu behandeln

In den Schulen gibt es natürlich eine Diskussion darüber, wie gut es denn läuft. Bevor man spekuliert, regen wir seit einiger Zeit an, den Umsetzungsprozess wissenschaftlich umfassend zu untersuchen.

Was das „Tempo“ angeht, so besteht der Eindruck, dass mit diesem Begriff eine ganz andere Frage aufgeworfen wird, nämlich die der Schulstruktur.

Verlangsamung des Tempos heißt ja nicht, jeder 2. Jahrgang wird „inkludiert“, das wäre offensichtlich unsinnig, sondern es wird die Forderung eingefädelt, dass bis zur „Konsolidierung“ der Oberschulen die früheren Förderschüler*innen separat beschult werden. Aber auch wenn eine solche „Konsolidierung“ 20 Jahre laufen sollte, löst dies kein Problem, es gibt dadurch keine neuen Lehrkräfte, keine bessere Fortbildung – und die Schülerschaft wird nicht so „homogen“, als dass man sich nicht um jeden Einzelnen kümmern müsste. Dies bedeutet nicht, dass es keine Probleme gibt! Gerade die Schüler*innen, die für ihr Verhalten deutliche Maßstäbe benötigen, die lernen müssen, sich zu beherrschen und die derzeit eine markante Herausforderung darstellen, stützen unsere Forderung nach Evaluation und zügiger weiterer Hilfe für die Kollegien. Unterstützungssysteme sind ein Eckpfeiler der neuen Schulstruktur – aber wie wirksam sind sie tatsächlich?

5. Der Inklusion eine faire Chance geben

Im politischen Raum wird immer wieder Stimmung gemacht: Ihr wollt nur mehr Stellen. Es kommt aber auf die Qualität an.

Wer versucht eine anspruchsvolle Schulentwicklung von der Ausstattung der Schulen zu trennen, will uns für dumm verkaufen. 7.000 Menschen leiden nicht unter Wahrnehmungsstörungen, wenn sie in Menschenketten und mit Bildungsbausteinen auf die Straße und zu Bgm. Böhrnsen gehen und ihre Ansprüche an Bildung nach außen tragen. Und sie haben recht: Die Schippe reicht nicht mehr, der Bagger muss kommen. Dabei bringen die Proteste erste Erfolge. Allein die Tatsache, dass Bremerhaven 1,378 Mio. Euro aus den BaFöG-Mitteln wirklich erhalten soll

und landesweit 14 Mio. Euro in Bildung und Wissenschaft fließen und nicht in die so genannte „Haushaltssanierung“ zeigt, dass der Widerstand vernommen wird.. Die Forderungen sind allerdings noch nicht erfüllt. Deshalb gingen am 18. Februar nochmals 7.500 Menschen in Bremerhaven auf die Straße, um am „politischen Aschermittwoch“ die uns von der Bremer Politik zugegedachte Pappnase wieder zurückzugeben!

Eine (unveröffentlichte) Pressemitteilung

Eine weltoffene Stadt sichert die Schulbildung ihrer „Neubürger“

Am 16.02. fand in Bremerhaven eine Kundgebung für eine demokratische Gesellschaft statt. Eine Stadt mit der Geschichte Bremerhavens würde ihr Selbstverständnis untergraben, wenn nicht „Weltoffenheit“ und „Toleranz“ in ihr herrschen sollen.

Auf die Menschen zuzugehen, die eine neue Lebensgrundlage suchen, ist selbstverständlich. Ihnen offen und solidarisch zu begegnen, ebenso.

Neben der Sicherung der grundlegenden Bedürfnisse, wie Wohnung, Verpflegung und medizinische Versorgung müssen diese Menschen Zugang zu Bildung erhalten; auch das ist ein Akt der Solidarität. Diese wird mit darüber entscheiden, ob ein Miteinander aller in der Stadt gelingt. Und auch darüber, ob die neuen Bürger in Bremerhaven für sich eine Zukunft entwickeln können.

Derzeit zeigen sich an mehreren Stellen Situationen, die nicht zufriedenstellend sind: Es bestehen sowohl Wartezeiten bei der Gesundheitsuntersuchung als auch der Aufnahme in die Schule. Das liegt nicht an den Mitarbeiter*innen: Im Gesundheitsamt sind Stellen nicht besetzt, die Vorbereitungsklassen sind „voll“, es gibt – auch hier – zu wenig Lehrkräfte, die eine Spezialqualifikation („DAZ“) aufweisen, und es zeichnet sich ein Fehlen notwendiger Raumkapazitäten ab.

Weitere Kinder und Jugendliche werden in den nächsten Wochen und Monaten zu uns kommen. Die blanke Not treibt sie u. a. in die „sichere“ Seestadt. Die Parlamente in Stadt und Land sind gefordert! Damit die Schulen dies alles meistern können, bedarf es

- besonders ausgebildeten Personals in den Vorklassen und Sprachkursen;
- einer weitergehenden Unterstützung in den Regelklassen durch 1,5-fach Zählung von Sprachanfängern (wie bis 1993) und einer zusätzlichen Lehrkraft pro Jahrgang;
- des längst angekündigten Integrationskonzepts für die Schüler*innen in der Sekundarstufe I,

das vor mehr als einem Jahr im Ausschuss für Schule und Kultur zugesagt wurde und bislang nicht vorliegt.

Natürlich wird das alles „Geld“ kosten. Natürlich hätte man schon lange handeln müssen. Natürlich haben wir zu wenige DAZ-Lehrkräfte. Aber sind das Argumente, weiterhin die Situation nur zu beklagen und in den parteipolitischen (Vor-) Wahlkampf einzuspeisen? Und auf das Verantwortungsbewusstsein und das Arbeitsethos der Mitarbeiter*innen in den Schulen zu vertrauen?

Für die Menschen, die zu uns kommen, gelten die Menschenrechte. Das Recht auf Bildung gehört dazu. Es geht um die Möglichkeit sich entwickeln und mit gestalten zu können, nicht um die wirtschaftliche Verwertbarkeit in einem Aufnahmeland.

Die politischen Entscheidungsträger sind gefordert – sofort.

Schon ´mal vormerken:

Di., 03.03., 16 Uhr

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus

VA „Mentor/in für Referendar*innen“

Referenten: Matthias Eckardt, Bernd Winkelmann

Do., 05.03., 16.15 Uhr

Geschäftsstelle GEW, Gewerkschaftshaus

FG Schulsozialarbeit

Di., 17.03., 16 Uhr

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus

AG Pensionär*innen

Mi., 18.03., 16 Uhr

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus

Mitgliederversammlung

„Arbeitnehmer*innen-Interessen und Schulreform:

Stell Dir vor, Schule wäre gemeinsam machbar“